

Olga Alexandrova

Die strategischen Beziehungen zwischen Rußland und den USA aus der Sicht Moskaus

Nach dem Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten Rußlands und der USA, Boris Jelzin und Bill Clinton im April 1993 in Vancouver hieß es, daß die beiden Länder in eine neue Beziehung der strategischen Partnerschaft einträten. Das russisch-amerikanische Gipfeltreffen Anfang September 1998 in Moskau hat mit aller Deutlichkeit den inzwischen grundsätzlich geänderten Charakter des bilateralen Verhältnisses demonstriert. Dabei war die Tatsache, daß beide Politiker zum Zeitpunkt des Treffens mit erheblichen innenpolitischen Problemen konfrontiert wurden, von eher zweitrangiger Bedeutung. Das Wesentliche bestand vielmehr darin, daß die wirtschaftliche und politische Krise in Rußland den letzten Anschein zunicht gemacht hat, daß es sich bei dem bilateralen Verhältnis um die Beziehungen zweier gleichrangiger Partner, zweier Großmächte handelt. Rußland ist wirtschaftlich sehr viel schwächer als die USA. Nach den wirtschaftlichen und sozialen Eckdaten befindet sich Rußland im besten Falle auf dem Niveau von Schwellenländern wie Brasilien, Indonesien und Mexiko. Der Jahresbericht der UNO über die Lebensqualität in 174 Ländern der Welt setzte Rußland auf den 72. Platz.¹ Nur in einer Beziehung bleibt dieses Verhältnis aus amerikanischer Sicht von strategischer, ja existentieller Bedeutung: Rußland verfügt nach wie vor über ein erhebliches Arsenal von strategischen Nuklearwaffen und ist, wie russische Experten nicht ohne Stolz bemerken, der einzige Staat in der Welt, der imstande ist, die USA „zu vernichten“. Dieser Sachverhalt macht die Fortsetzung des amerikanisch-russischen strategischen Dialogs notwendig.

Die Motivation der russischen Seite, das strategische Verhältnis zu den USA aufrecht zu erhalten, ist komplizierter. Die Ambivalenz der Haltung Rußlands gegenüber Washington ist durch die andauernde Suche nach einer - im Vergleich zur Sowjetunion - neuen Stellung und Rolle in der Weltordnung bestimmt. Als Folge bleibt das Verhältnis Rußlands zum Westen im allgemeinen und zu den USA im besonderen auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Ende der Ära der Konfrontation in den internationalen Beziehungen, unklar. Die tiefe wirtschaftliche, politische und soziale Krise in Rußland, die sich im Herbst 1998 gefährlich zugespitzt hat, stellt die Möglichkeit eines russisch-amerikanischen Sonderverhältnisses zusätzlich in Frage. Angesichts der Krise wird der Anspruch auf eine aktive, das Weltgeschehen mitgestaltende Außenpolitik Moskaus zunehmend irrelevant. Das heutige äußerst ambivalente russische Verhalten gegenüber Washington, das vor allem durch nicht erfüllte Erwartungen und Hoffnungen geprägt ist, ist im wesentlichen eine Reaktion auf die kurze Vorgeschichte des neuen russisch-amerikanischen Verhältnisses in der ersten Hälfte der neunziger Jahre.

Die Politik Rußlands gegenüber den USA war Anfang der neunziger Jahre, unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion, vor allem durch die Suche nach qualitativ neuen Beziehungen zum ehemaligen Hauptgegner gekennzeichnet. Das Wesen dieser Politik kann mit dem Begriff „das Streben nach einer strategischen Partnerschaft“ mit dem Westen, in erster Linie mit den USA, beschrieben werden.² Dieses Streben wurde vom russischen Wunsch

¹ Izvestija 10.9.1998.

² Ausführlich zu Entstehung, Entwicklung und Scheitern der strategischen Partnerschaft zwischen Rußland und den USA vgl. Olga Alexandrova: „Strategische Partnerschaft“ aus russischer Sicht. Berichte des BIOst 24/1997.

motiviert, ein (im Vergleich zur UdSSR) vollkommen neuartiges Verhältnis zum Westen aufzubauen. Den damaligen russischen Reformern und „Westlern“ schwebte keine „einfache“ Partnerschaft vor, sondern ein strategisches Bündnis, eine *strategische Allianz* Rußlands mit dem Westen. Dabei standen nicht so sehr sicherheitspolitische Überlegungen im engeren Sinne im Vordergrund, sondern die Gemeinsamkeit von demokratischen Werten. Die strategische Partnerschaft sollte aus der Sicht der westlich orientierten Reformer vor allem eine *Wertepartnerschaft* sein. Die USA und andere westliche Demokratien waren für sie *natürliche Partner*, Freunde und in der Perspektive Verbündete des neuen demokratischen Rußlands. Diese Zielsetzung erwies sich jedoch als unhaltbar: Die Gegner einer westlichen Ausrichtung Rußlands und einer auf der Grundlage demokratischer Werte basierenden strategischen Partnerschaft mit dem früheren Feind sahen darin eine gefährliche Vernachlässigung der „spezifisch russischen“ Interessen, darunter auch im Sicherheitsbereich. Es wurden sehr schnell Stimmen laut, die ein Scheitern der strategischen Partnerschaft mit dem Westen konstatierten. Diese Idee wurde denn auch noch vor ihrer Verwirklichung begraben.

Trotz zahlreicher russischer Erklärungen zur Bedeutung einer strategischen Partnerschaft mit dem Westen generell war offensichtlich, daß das Hauptinteresse Rußlands der strategischen Partnerschaft mit den USA galt. Diese sollte nach der Vorstellung Moskaus die Exklusivität des russisch-amerikanischen Verhältnisses auch nach dem Ende des Kalten Kriegs hervorheben - analog zum Supermachtverhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA, wenn auch unter einem anderen Vorzeichen. Der wesentlichste Unterschied zwischen der westlichen und der russischen Auslegung des Wesens einer „strategischen Partnerschaft“ scheint allerdings vor allem darin zu liegen, daß dieser Begriff im Westen hauptsächlich mit der Partnerschaft im Sicherheitsbereich gleichgesetzt wird, während Rußland den Anspruch auf allumfassende Beziehungen besonderer Art - *Sonderbeziehungen* - erhob. Viele Vertreter des russischen außenpolitischen Establishments waren bestrebt, der strategischen Partnerschaft mit den USA den Status von Sonderbeziehungen zu verleihen. Das Verhältnis zu den USA war und ist der Bezugspunkt Rußlands für seinen Status einer Großmacht. Die Partnerschaft mit oder Sonderbeziehungen zu Washington stellten aus Moskauer Sicht die einzige reale Chance für Rußland dar, den Großmachtstatus, in mancher Hinsicht sogar den Status einer Supermacht zu bewahren. In diesem Sinne wollten russische Experten die russisch-amerikanische Partnerschaft vor allem als Koordination, Ausarbeitung und Übereinstimmung einer gemeinsamen Politik gegenüber Drittstaaten, d.h. als gemeinsame Gestaltung der Weltpolitik, verstehen.³ Nach ihrer Auffassung war es notwendig, sich der in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bewährten Idee wieder anzunehmen, daß sich zwei Hauptakteure der globalen Politik, die besondere Verantwortung für die Geschicke der Welt tragen, von den übrigen Staaten „abheben“. Die Grundlage der Partnerschaft zwischen Rußland und den USA sollte in der gemeinsamen Gestaltung eines stabilen internationalen Systems und der Lenkung internationaler Prozesse - wenn notwendig auch mit Gewaltmitteln - bestehen. Die übereinstimmende Wechselwirkung der USA und Rußlands in bezug auf Drittstaaten würde dann *die* eigentliche strategische Partnerschaft darstellen.⁴ Das russisch-amerikanische Bündnis sollte nach diesem Verständnis zum „Rückgrat“ der globalen Sicherheit werden. Die russische Führung bemühte sich, mit allen Mitteln die Vorstellung aufrechtzuerhalten, daß Rußland und die USA nicht einfach gleichberechtigte Partner seien,

³ Sergej Kortunov: Rossija - SŠA: put' k partnerstvu. In: Mirovaja ekonomika i mezhdunarodnye otnosenija (MEMO) 7/1996, S.72.

⁴ Ebenda.

sondern eben eine „Sonderpartnerschaft“ pflegten und weiterhin gemeinsam die Hauptrolle bei der Gestaltung des postkommunistischen internationalen Systems spielen würden. Dabei entsteht manchmal der Eindruck, daß Schein wichtiger ist als Sein. Es heißt, daß Washington den exklusiven Status Moskaus in der Gestaltung eines neuen Systems der internationalen Beziehungen, welcher die Rolle Rußlands von der jedes anderen Machtzentrums in der Welt abhebe, anerkennen solle. Eine der Maximen der sogenannten „Primakow-Doktrin“ lautet, daß die Lösung der schwierigen Probleme, mit denen die Weltgemeinschaft heute konfrontiert wird, ohne Rußland nicht möglich sei. Die in der Erklärung von Helsinki (März 1997) festgeschriebene Formulierung, daß Rußland und die USA Mächte mit globaler Verantwortung seien, erlaubt Moskau - auch wenn sie nur deklamatorischen Charakter hat - nach Einschätzung russischer Experten, einen würdigen Platz in der Hierarchie der internationalen Beziehungen einzunehmen.⁵

Auf die Perzeption der „Ausschließlichkeit“ des russisch-amerikanischen Verhältnisses deutet auch der Vorwurf Moskaus hin, daß die US-Administration die russische Konzeption der „privilegierten Partnerschaft“, die Ansprüche Rußlands auf „Sonderbeziehungen“ zu den USA, verworfen hätte.⁶ Den USA wird vorgehalten, von einem „Sieg im Kalten Krieg überzeugt“ zu sein. Das Bestreben, diesen Sieg in einer neuen Kräftekonstellation zu verankern, sei zum Hauptinhalt der amerikanischen Politik gegenüber Rußland geworden. Washington weigere sich, Rußland an den wichtigsten weltpolitischen Entscheidungen zu beteiligen, und behandle es nicht als gleichberechtigten Partner. Rußland spiele eine immer geringere Rolle in der US-Außenpolitik. Mißverständnisse, Mißperzeptionen und Mißstimmungen, die sich sehr bald im russisch-amerikanischen Verhältnis bemerkbar machten, beruhten auf unterschiedlichen Ausgangspunkten der jeweiligen außenpolitischen Vorstellungen. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Zerfall der Sowjetunion blieb Rußland zwar der Hauptbezugspunkt der amerikanischen Politik gegenüber dem postsowjetischen Raum, es wurde jedoch nicht mehr als Hauptgegenspieler im gesamten System der internationalen Beziehungen wahrgenommen.

Die strategische Partnerschaft soll sich *per definitionem* auf die Verfolgung langfristiger strategischer Interessen stützen. Russische Analytiker sehen eine ganze Reihe von Bereichen der internationalen Politik, in denen Rußland und die USA durchaus gemeinsame Interessen haben könnten. Dazu gehören:⁷

- strategische Stabilität;
- Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen;
- Kontrolle über die Verbreitung konventioneller Waffen und sensitiver Technologien;
- Erhaltung von regionaler Stabilität;
- Konfliktvorbeugung und Konfliktbeilegung in verschiedenen Regionen der Welt (nicht jedoch in der „Sphäre russischer vitaler Interessen“ bzw. im „postsowjetischen Raum“, d.h. der GUS; hier sollen die USA eine „führende Rolle Rußlands“ und den völkerrechtlichen Status seiner Friedenstruppen in Krisengebieten ohne Vorbehalte anerkennen);
- militärisch-technische und militärisch-technologische Zusammenarbeit;

⁵ Sergej Rogov: Pjat' punktov soglasija. In: Nezavisimaja gazeta 25.3.1997.

⁶ Vladimir Frolov: Predlozenija dlja Billa Klintona. In: Nezavisimaja gazeta 23.1.1997.

⁷ Sergej Kortunov: Partnerstvo nuzno spasat'. In: Nezavisimaja gazeta 26.1.1996.

- Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken;
- Zusammenarbeit im Umweltschutz;
- Kampf gegen die internationale Kriminalität, den Terrorismus und die Drogenmafia.

Aus dieser Auflistung wird ersichtlich, daß die strategische Partnerschaft zwischen Rußland und den USA von der russischen Seite eigentlich sehr traditionell, nämlich vor allem als Kooperation in den Bereichen Abrüstung und Rüstungskontrolle, verstanden wird. Mit der Abkühlung der Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen rücken Fragen der Rüstungskontrolle wieder (wie schon zu Zeiten der Sowjetunion) in den Vordergrund dieses Verhältnisses. Moskau mißt Fragen der strategischen Rüstung nicht zuletzt deswegen vorrangige Bedeutung bei, weil sie diese als den einzig verbliebenen Bereich sieht, in dem Rußland noch immer als gleichberechtigter Partner der USA auftreten kann und Partnerschaft in dem Sinne möglich ist, in welchem sie früher in der Sowjetunion verstanden worden war, nämlich als Zusammenwirken zweier Weltmächte. Allerdings beschränkt sich diese Auffassung durchaus nicht nur auf russische Experten. Auch viele westliche Politiker und Experten meinen inzwischen, daß in erster Linie Rüstungskontrolle und Abrüstung, Nichtverbreitung von Kernwaffen, UNO-Krisenmanagement, militärische Stabilität in Europa und OSZE-Politik wieder zum Kern der eigentlichen „strategischen“ Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen gemacht werden sollen. Nachdem die Reformkräfte in Rußland bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1993 und Dezember 1995 Niederlagen erlitten hatten und damit die Idee Clintons von einem strategischen Bündnis mit den russischen Reformen in Frage gestellt worden war, sah die US-Administration vor allem „klassische“ Fragen der bilateralen Beziehungen - Abrüstung, Nichtverbreitung von Nuklearwaffen - als den Anwendungsbereich der amerikanisch-russischen (strategischen) Partnerschaft. Wenn auch dies den Vorstellungen Rußland nicht widerspricht, ist es aus seiner Sicht allerdings für den Inhalt einer „Sonderbeziehung“ zu wenig.

Gleich nach seiner Ernennung zum russischen Außenminister Anfang 1996 verkündete Jewgenij Primakow den Verzicht auf ein Sonderverhältnis zu den USA und legte eine neue Formel der russisch-amerikanischen Beziehungen fest. In seinem ersten Interview nach der Amtsübernahme erklärte er, daß sich Rußland von der romantischen Vorstellung verabschiedet habe, daß ihm vom Schicksal ein „strategisches Bündnis“ mit dem ehemaligen Gegner bestimmt sei.⁸ Nach Primakows Auffassung entbehren Aufrufe zu einem strategischen Bündnis mit dem ehemaligen Gegner aus dem Kalten Krieg einer realistischen Einschätzung der Wirklichkeit, da ein solches den Interessen Rußlands nicht entspräche.⁹ Nach dem heutigen amtlichen Sprachgebrauch werden die anzustrebenden russisch-amerikanischen Beziehungen als *Partnerschaft zweier gleichberechtigter Partner* definiert, die auf der gegenseitigen Berücksichtigung und Respektierung nationaler Interessen des anderen basiert (das Verhältnis zu China wird dagegen als eine „*vertrauensvolle Partnerschaft*“ definiert, was implizieren soll, daß das russisch-amerikanische Verhältnis eben nicht vertrauensvoll ist). Allerdings ist heute in Rußland die Meinung weit verbreitet, daß der Versuch einer strategischen Partnerschaft mit den USA gescheitert ist und sie bestenfalls als ein ideelles Ziel betrachtet werden soll oder sogar überhaupt nicht möglich ist. Demnach lautet die Formel der Beziehungen: „Rußland und die USA sind keine Feinde mehr, aber sie sind dazu verurteilt,

⁸ Primakow in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur ITAR-TASS, zitiert nach BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 9.1.1997, S. 2.

⁹ Primakow in einem Vortrag im Moskauer Institut für internationale Beziehungen. In: *Diplomaticeskij vestnik* 7/1996, S. 65.

Rivalen zu bleiben“.¹⁰ Manche sehen das optimale russisch-amerikanische Verhältnis als Beziehungen auf der Grundlage „zivilisierter Konkurrenz“¹¹. Seit 1992 haben die russisch-amerikanischen Beziehungen bereits mehrere Formen der „Partnerschaft“ in absteigender Tendenz erfahren: von der „strategischen Partnerschaft“ über die „pragmatische Partnerschaft“ zum „Modell Primakows“ einer „zivilisierten, gleichberechtigten Partnerschaft“.

Die Grundmuster des russisch-amerikanischen Verhältnisses haben sich nach dem Ende des Kalten Kriegs in vieler Hinsicht noch nicht grundsätzlich geändert. Alter Argwohn, tradierte Verhandlungsansätze und überkommene konzeptionelle Rahmen scheinen die bilateralen Beziehungen noch immer zu dominieren. Die russisch-amerikanischen Beziehungen werden nicht selten in extremen, konträren Termini wie „entweder-oder“, „zwischen Konfrontation und Partnerschaft“ wahrgenommen. Darüber hinaus verweisen einige russische Experten mit Recht auf ein kaum zu lösendes Dilemma, das eines der Haupthindernisse auf dem Wege zur strategischen Partnerschaft zwischen Moskau und Washington darstellt: Das nach wie vor gültige, aus Zeiten des Kalten Kriegs stammende Paradigma der nuklearen Abschreckung widerspricht grundsätzlich der Idee und dem Geist einer strategischen Partnerschaft. Rußland strebe zwar nicht mehr nach der Parität mit den USA „auf allen Ebenen“, gebe aber der nuklearen Abschreckung unbedingte Priorität.¹² Russische Strategen meinen, daß Rußland derzeit auf die nukleare Abschreckung nicht verzichten könne, weil sie das einzige wirkungsvolle Instrument geblieben sei, mit dem Rußland die US-Politik zu beeinflussen vermag. Ein Verzicht würde die russische Außen- und Verteidigungspolitik einem „amerikanischen Diktat“ ausliefern.¹³ Das Paradigma der nuklearen Abschreckung steht im Einklang mit der Perzeption der USA als „weder Feind noch Verbündeter“. Der Verzicht Rußlands auf das Paritätsprinzip in den Bereichen Rüstungen und Streitkräfte wird in der im Dezember 1997 von Jelzin unterzeichneten „Konzeption der nationalen Sicherheit der Rußländischen Föderation“ amtlich festgehalten.¹⁴ Allerdings sind russische sicherheitspolitische Überlegungen vom paritätischen Denken noch immer sehr stark durchdrungen. Vom paritätischen Ansatz aus solle auch die Reduzierung von strategischen Offensivwaffen Rußlands und der USA nur „synchron“ durchgeführt werden.¹⁵ Das Denken in Paritätskategorien schlägt sich auch in der Diskussion um die NATO-Osterweiterung nieder: Russische Politiker reden ausschließlich von der kumulativen militärischen Stärke der NATO (d.h. aller NATO-Mitglieder plus der der Beitrittskandidaten), wenn sie Vergleiche mit der militärischen Stärke Rußlands (bezeichnenderweise nicht mit der der GUS!) anstellen.

In den letzten Jahren hat sich eine lagerübergreifende Einigkeit, ein Konsens der russischen politischen Klasse in vielen wesentlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik herausgebildet. War die neue russische Außenpolitik Anfang der neunziger Jahre Gegenstand

¹⁰ Vgl. z.B. Alexei K. Pushkov: Russia and America Aren't Foes but Have to Be Rivals. In: International Herald Tribune 2.4.1998. Der Verfasser ist Mitglied des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, eines einflußreichen russischen Think-tank.

¹¹ So z.B. Konteradmiral a.D. Levon Vartanjan und Oberst Viktor Solodkij: Ne sojuznik i ne protivnik. A kto ze? In: Krasnaja zvezda 19.3.1996.

¹² Aleksej Arbatov: Vnesnepolitieseskij konsensus v Rossii. In: Nezavisimaja gazeta 14.3.1997. Der Verfasser ist stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments); vgl. dazu auch Konceptija nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Fedracii, in: Rossijskaja gazeta 26.12.1997, S. 4f.

¹³ Vgl. dazu V. L. Frolov: Vozmozyne modeli sovremennyh otnosenij SSA i Rossii. In: SŠA: Ekonomika, politika, ideologija 11/1996, S. 42f.

¹⁴ Vgl. Konceptija nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Fedracii, a.a.O.

¹⁵ Ebenda.

heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen und im Machtkampf instrumentalisiert, so scheinen sich jetzt die Positionen der Führung und der Opposition in Fragen wie NATO-Osterweiterung, Politik gegenüber Jugoslawien, Beziehungen zum Irak, Iran usw. angenähert zu haben. Dies betrifft auch das Verhältnis zu den USA. Ein wesentliches Merkmal dieses außenpolitischen Konsenses besteht darin, daß er sich nicht positiv, sondern vor allem auf der Negation des „Anderen“ (d.h. des Westens, der USA) gründet und sozusagen „antithetisch“ formuliert wird. Es wird eine neue Formel des bilateralen Verhältnisses geprägt: „Von der nicht differenzierten Partnerschaft zum selektiven Widerstand“.¹⁶ Diesem außenpolitischen Konsens liegt vor allem ein anti-amerikanisches Ressentiment zugrunde. Den Ausgangspunkt bildet die Aussage, daß eine „unipolare Welt“ unter der Ägide der USA für Moskau unannehmbar sei. Es sei noch umstritten, ob die USA ein Feind Rußlands seien. Man könne jedoch bereits mit Gewißheit feststellen, daß die USA kein Verbündeter Rußlands seien. Aus der Sicht vieler Vertreter der russischen Elite ist eine Pflege der Beziehungen zu den USA von der Position der Schwäche aus schlechter als das konfrontative Verhältnis im Kalten Krieg. Weiter heißt es, daß Überheblichkeit, Selbstgefälligkeit der Macht zum Wesen der US-Politik gegenüber Rußland geworden seien.

Seit seinem Amtsantritt als Außenminister vertrat Primakow dezidiert die These, daß die derzeitige „objektive“ Hauptentwicklungstendenz des internationalen Systems in der Herausbildung einer „multipolaren“ Weltordnung bestehe. Die Vorstellung von einer durch eine Supermacht dominierten unipolaren Welt, in der es „führende“ und „geführte“ Länder gebe, habe sich überlebt. Rußland müsse einer dieser Pole in der neuen multipolaren Welt bilden, anstatt sich anderen Polen anschließen.¹⁷ Ein Moskauer Politikexperte erklärte dies einfach und einleuchtend: „Rußland begreift ..., daß es, solange es vollständig am Gängelband des Westens ging ..., für den Westen nicht von Interesse war. ... Jetzt, da wir eine andere Position, manchmal sogar eine dem Westen entgegengesetzte Position vertreten, werden wir ... zu Spielfiguren auf dem Schachbrett. ... Wir kehren gewissermaßen zum Supermachtstatus zurück.“¹⁸ Im Sinne des tradierten Gleichgewichtsdenkens postulierte Primakow die Notwendigkeit, die globale Führerschaft der USA „auszubalancieren“. Diesbezüglich stimme die ganze Welt mit Rußland überein.¹⁹ Die Idee einer multipolaren Welt ist zu einem Leitsatz offizieller Verlautbarungen geworden, wobei anti-amerikanische Untertöne insbesondere seit Herbst 1997 immer deutlicher zu vernehmen sind. In der erwähnten „Konzeption der nationalen Sicherheit der Rußländischen Föderation“ werden angebliche Versuche der westlichen Mächte, die Festigung Rußlands als einen der einflußreichen Mittelpunkte der sich formierenden multipolaren Welt zu verhindern, als *Bedrohung der nationalen Sicherheit* des Landes definiert.

Das „Primakowsche Modell“ einer multipolaren Welt impliziert den Ausbau der strategischen Partnerschaft mit anderen Mächten und Regionen als Gegengewicht zur US-Dominanz in der globalen Politik. In dem Maße, wie sich die russisch-amerikanischen Beziehungen verschlechtern, wird China zu einem zunehmend willkommenen Partner oder sogar Verbündeten. Die stärkere Involvierung Moskaus in der Region des Mittleren Ostens

¹⁶ A. Bogaturov: Rossija - Amerika. Ot neizbiratel'nogo partnerstva k izbiratel'nomu soprotivleniju. In: Mezdunarodnaja zizn' 6/1998, S. 8-16.

¹⁷ Evgenij Primakov: Mezdunarodnye otnosenija nakanune XXI. veka: problemy, perspektivy. In: Mezdunarodnaja zizn' 10/1996, S.3-13.

¹⁸ Zitiert nach: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 29.1.1998.

¹⁹ So z.B. Primakow auf der Sitzung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik im März 1998; vgl. Nezavisimaja gazeta 17.3.1998; Segodnja 17.3.1998.

ist, wie die russischen Vermittlungsversuche in den Irakkrisen im November 1997 und im Februar 1998 gezeigt haben, mit der Absicht verbunden, als globale Macht zumindest in bestimmten Ländern der Region, vor allem im Iran und im Irak, wieder eine dominante Rolle zu spielen und eine Gegenposition zu den USA zu beziehen. Es ist offensichtlich, daß eine strategische Partnerschaft mit den USA aus russischer Sicht qualitativ etwas ganz anderes darstellt als eine solche Partnerschaft mit dem Iran oder sogar mit China. Eine strategische Partnerschaft mit den Staaten Asiens kann Rußland nicht die Position der zweiten Weltmacht neben den USA sichern, sie kann jedoch helfen, die von Rußland angestrebte Vormachtstellung in der Region zu verankern.

Seit Herbst 1997 wird in diesem Kontext die europäische Ausrichtung der russischen Politik stärker betont. Ein hochrangiger Vertreter der Präsidentialadministration erklärte im Oktober 1997, daß Rußland seine Verbündete bei der Lösung wirtschaftlicher und politischer Probleme hauptsächlich in Westeuropa und nicht in den USA suche.²⁰ Allerdings bleibt das Verhältnis zu Europa durch einige Faktoren eingeschränkt. Erstens konzentriert sich Rußland nach wie vor auf die bilateralen Beziehungen zu Deutschland und Frankreich, die noch immer stark durch persönliche Beziehungen auf der Führungsebene (Jelzin - Kohl, Jelzin - Chirac) bestimmt sind. Zweitens nehmen russische Politiker die EU noch immer vor allem in ihrer wirtschaftlichen, nicht jedoch in ihrer politischen Dimension wahr (wie ein Autor bemerkte, sei Primakow viel mehr an Gesprächen mit dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Tarik Aziz interessiert - und erfolgreich - als an Gesprächen mit einem Vertreter der EU²¹). Die bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene rangieren in den russischen Vorstellungen immer noch viel höher als das Verhältnis zur EU. Drittens spielt in dieser Hinwendung nach Europa das Bestreben eine große Rolle, ein Gegengewicht zu den USA aufzubauen und deren Rolle bei der Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur einzuschränken. Jelzin rief die Europäer beim Europarat-Gipfeltreffen im Oktober 1997 in Straßburg zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit „mit den Kräften Europas zusammen mit Rußland“ und „ohne irgendjemandes Einmischung“ (gemeint: der USA) auf.

Gute persönliche Beziehungen auf der höchsten Ebene sollen nicht die Tatsache verschleiern, daß die russisch-amerikanischen Beziehungen einer breiten Basis in der russischen politischen Elite und somit Berechenbarkeit und Kontinuität entbehren. In russischen politischen Kreisen ist die Überzeugung verwurzelt, daß sich das Unverständnis zwischen Rußland und den USA in fundamentalen, langfristigen Sicherheitsangelegenheiten vertieft und sich beide Seiten in Grundsatzfragen wie Abrüstung, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie, NATO-Erweiterung und Gestaltung des zukünftigen europäischen Sicherheitssystems, Peacekeeping sowie Politik im postsowjetischen Raum immer weiter entfernen.²² Die tiefe wirtschaftliche und Finanzkrise in Rußland hat auch die noch kürzlich als erstrangig formulierte Priorität der russisch-amerikanischen Beziehungen, die Integration Rußlands in die Weltwirtschaft²³, von der aktuellen Agenda zumindest vorübergehend verdrängt. Russische Experten ziehen die Schlußfolgerung, daß das Streben Rußlands, seine Rolle als Großmacht wiederherzustellen, in Widerspruch zum Anspruch der

²⁰ ITAR-TASS 17.10.1997, zitiert nach: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 20.10.1997, S. 4. Die entscheidende Rolle der US-Administration bei der Gewährung des umfangreichen IWF-Kredits an Rußland im Sommer 1998 widerlegte freilich diese Behauptung.

²¹ The World Today 3/1998, S. 79.

²² Vgl. z.B. Aleksej Arbatov: Pora nacat' „perenaladku“ otnosenij. In: Nezavisimaja gazeta 21.7.1998.

²³ Vgl. Sergej Rogov: Novaja povestka dnja v rossijsko-amerikanskich otnosenijach: ekonomiceskie aspekty. In: SSA: ekonomika, politika, ideologija 2/1998, S. 3-18.

USA auf das Weltmonopol gerät.²⁴ Es gibt heute praktisch keine einzige politische Sachfrage, in der sich Rußland und die USA einig sind, und Rußland zeigt immer öfter seine Bereitschaft, in vielen Fragen der internationalen Politik auf Oppositionskurs gegen die USA zu gehen.

Die gegenwärtige Agenda der russisch-amerikanischen Beziehungen schließt folgende kontroverielle Punkte ein:

NATO-Osterweiterung: Sie wird in Rußland in erster Linie als Ausdruck des amerikanischen „imperialen Denkens“ gesehen und verstanden. In der russischen politischen und insbesondere militärischen Elite ist die Ansicht verbreitet, daß die Entfremdung zwischen Rußland und der NATO zunehmen wird, solange die USA in der Allianz dominieren. Die Politik der NATO und vor allem eben die Osterweiterung diene demnach den nationalen Interessen der USA und nütze der europäischen Sicherheit überhaupt nicht.

Die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen: Aus Sicht der US-Administration und des US-Kongresses steht dieses Problem seiner Bedeutung nach ganz oben auf der Tagesordnung der amerikanischen Politik. Für die russische Führung dagegen gehört es - trotz aller diesbezüglichen offiziellen Beteuerungen - nicht zu den Prioritäten im Bereich der Sicherheit. Nach der im russischen außenpolitischen Establishment verbreiteten Meinung verlangen die USA ein geopolitisches und kommerzielles Opfer von Rußland, dessen Notwendigkeit durchaus nicht selbstverständlich ist.

Abrüstung: Die Ratifizierung des START-II-Vertrags durch das russische Parlament steht immer noch aus (der amerikanische Senat hat ihn bereits 1996 ratifiziert). Nach diesem Vertrag sollten die Atomarsenale bis zum Jahr 2003 auf jeweils 3.000 bis 3.500 Sprengköpfe verringert werden. Ein Zusatzprotokoll vom 26.9.1997 räumt Rußland unter Berücksichtigung der finanziellen Probleme des Landes mehr Zeit für die Modernisierung des erlaubten Nukleararsenals ein und zögert das Inkrafttreten von START-II bis Ende 2007 hinaus. Die Nichtratifizierung verzögert die Aufnahme von Verhandlungen über ein START-III, das die weitere Reduktion der Sprengköpfe auf jeweils 2.000 bis 2.500 zum Ziel haben soll.

Jugoslawien: Moskau betrachtet den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic als Verbündeten und leistet heftigen Widerstand gegen einen NATO-Einsatz in der Kosovo-Krise. Ein solcher wird in Rußland im breiteren Kontext als Versuch Washingtons angesehen, auf dem Balkan, in einer „Zone russischer Interessen“, Fuß zu fassen.

Iran und Irak: Hier geht es einerseits um die Nichtverbreitung von Kernwaffen und Raketentechnologie, andererseits um die Zusammenarbeit russischer Energiekonzerne und Rüstungsbetriebe mit diesen Staaten sowie um Sanktionsversuche des amerikanischen Kongresses gegen diese Unternehmen. Rußland sieht im Iran einen wichtigen Partner (manche Experten sogar einen „strategischen Partner“) und Gegengewicht der Türkei an der südlichen Peripherie Rußlands, der die russische Position hinsichtlich der Teilung und Förderung der Erdölvorkommen am Kaspischen Meer unterstützt. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und den USA, die während der erwähnten Irakkrisen deutlich zutage traten und markante strategische Auffassungsunterschiede offenbarten, gaben einen neuen starken Impetus für anti-amerikanische Ressentiments. Rußlands Vermittler-versuch in den Irakkrisen wurde als Rückkehr einer Großmacht auf die diplomatische Weltbühne verstanden. Nach Meinung vieler russischer Politiker und Experten bestand das

²⁴ Aleksej Puškov: Kak vesti sebja so zvezdno-polosatym tigrom. In: Nezavisimaja gazeta 15.1.1998.

eigentliche Ergebnis der Irakkrise nicht etwa in der friedlichen Lösung, sondern darin, daß Rußland seine Position gegenüber den USA gefestigt hat.

China: Massive russische Rüstungsexporte nach China rufen in Washington Besorgnis hervor.

Die GUS und die Kaspische Region: Die Stärkung der amerikanischen Position im postsowjetischen Raum, den Rußland als eigene Einflußzone betrachtet, ist aus Moskauer Sicht zu einem der Hauptprobleme im russisch-amerikanischen Verhältnisses gewachsen. Dies betrifft den Südkaukasus und die Kaspische Region ebenso wie die Ukraine und das Baltikum.

Trotz aller Irritationen in den Beziehungen zwischen Rußland und den USA ist offensichtlich, daß die russische Führung den Rahmen für Arbeitsbeziehungen zu den USA bewahren und sie durch Kontroversen, die letztlich die Gleichrangigkeit beider Seiten ausdrücken sollen, nicht gefährden lassen will. Primakow war als Außenminister bemüht, eine schwierige Balance zu bewahren: die russischen "nationalen Interessen" gegen den Westen und die USA zu verfechten, ohne in einen neuen Kalten Krieg zurückzufallen.²⁵ Die russische Führung ist sich bei der ganzen Rhetorik an die Adresse der USA dessen bewußt, daß gedeihliche Beziehungen zum Westen in erster Linie im eigenen Interesse liegen. Die Finanzkrise in Rußland hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß Rußland vom Westen - und vor allem von den USA - im höchsten Maße abhängig ist. Die Clinton-Administration war die treibende Kraft hinter der Entscheidung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Rußland einen Kredit von 22 Mrd. Dollar zu gewähren. In Washington hatte man für den Fall einer Verweigerung dieses Kredits ein wirtschaftliches, soziales und auch politisches Chaos in Rußland mit vollkommen unvorhersagbaren Folgen befürchtet.

Die im September 1998 im Gefolge der wirtschaftlichen und Finanzkrise eingetretene neue politische Konstellation in Rußland läßt eine Verhärtung der Außen- und Sicherheitspolitik Moskaus möglich erscheinen. Der Spielraum für ein russisches Entgegenkommen in vielen für die USA wichtigen Problemen der internationalen Politik dürfte insgesamt weiter eingeschränkt werden. Die russische Außenpolitik verfügt nach wie vor über ein erhebliches regional- und weltpolitisches Störpotential und kann die Lösung existentielle Probleme - Abrüstung, Proliferation, Umweltrisiken von kontinentalen Dimensionen usw. - blockieren. Die russische Führung hat es verstanden, die innere Schwäche des Landes im konzeptionellen Rahmen einer perzipierten weltpolitischen Multipolarität mit dem dezidierten Anspruch auf Respektierung als Nuklearmacht zu verknüpfen. Primakow hat bereits deutlich gemacht, daß Rußland gerade vor dem Hintergrund der Krise den Anspruch auf den Großmachtstatus aufrechterhalten und weiterhin offensiv vertreten wird. Dies bedeutet, daß Rußland für den Westen insgesamt und für die USA insbesondere ein noch empfindlicherer und schwierigerer Partner als bisher werden dürfte.

ALEXANDROVA Olga, Dr.
Wissenschaftliche Referentin am Bundesinstitut für
ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOS), Köln.

²⁵ So Primakow zuletzt im September 1998 bei der Vorstellung des neuen Außenministers Igor Iwanow, vgl. Jamestown Monitor, 17.9.1998.